

erscheint wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschafts-
buchdruckerei, Zeigerstraße 44.
H. Weber, Peterstraße 18.
J. Müller, Bayerischestraße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Filialabonnenten für die Ver-
einigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Pönniger,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 100.

Sonnabend, 14. Dezember.

1872.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1873 beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Sgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlichem zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Exemplar per Quartal 25 Sgr., für die Schweiz 1 Thlr., für Frankreich, Belgien, England etc. 1 Thlr. 8 Sgr. Zahlung pränumerando.

Zur Einigung der deutschen Arbeiterpartei.

Trügen nicht alle Zeichen, dann gewinnt die Idee einer Vereinigung der verschiedenen deutschen Arbeiterfraktionen immer mehr Boden. Ueberall macht sich das Bedürfnis geltend, den schon seit Jahren dauernden Heterogenität und Zersplitterungen endlich ein Ende zu machen. Zwar sind die im „Volksstaat“ dahin lautenden Vorschläge vom „Neuen Sozialdemokrat“ todgeschwiegen oder höhnisch abgewiesen worden, zwar wird auch jetzt noch versucht, wie dies kürzlich erst wieder durch ein bekanntes Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ im „Neuen Sozialdemokrat“ in einer Reihe von Artikeln geschah, durch Verdrehung geschichtlicher Thatsachen, Verunglimpfung von Personen und denunziatorische Angriffe gegen die Organisation und die Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, letztere in den Augen der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins herabzusetzen und den Haß zu schüren; wir sind aber überzeugt, mit sehr geringem Erfolg. Lauter als alle persönliche Heterogenität und Schürereien spricht zu den deutschen Arbeitern die harte Lehre der Thatsachen. Thatsachen, die darthun, daß der immer mehr überhandnehmenden Kapitalmacht die deutschen Arbeiter einig und geschlossen entgegenzutreten müssen, wenn sie ihre Stellung behaupten, bessere Zustände herbeiführen und die heutige Ausbeutung befeitigen wollen. Im Laufe dieses Jahres haben die Arbeitgeber der verschiedensten Branchen Versuche gemacht, sich gegen die Forderungen der Arbeiter zu organisieren und theilweise mit Erfolg. Die Maschinenfabrikanten, die Maurer- und Zimmer-, Tischler-, Schneider- und Schuhmachermeister sind zusammengesetzt, haben ihre Kongresse abgehalten, Verbände und Organe gegründet zum Kampfe gegen die Arbeiter. Und wie auf sozialem vollzieht sich die Einigung unserer Gegner mit rasender Eile auf politischem Gebiete. Die grundbesitzende und industrielle Bourgeoisie, noch vor wenig Jahren in zwei sich schroff gegenüberstehende Parteien gespalten, die sich gegenseitig bekämpften, hat angefangen der immer weiter um sich greifenden Arbeiterbewegung die Gleichartigkeit ihrer Interessen begriffen und beide werfen sich verschütet der Staatsgewalt in die Arme. So zersplittert die Bourgeoisie im parlamentarischen Kampfe erscheint, wo sie in eine Menge verschiedener Fraktionen und Fraktionen zerfällt ist, so einig und einmütig ist sie in allen Fragen, wo es sich darum handelt die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten. In allen Fragen, seien sie politischer oder sozialer Natur, können die Regierungen auf Majoritäten rechnen, wie man sie früher nie gekannt. Oder hat bis heute auch nur ein einziger liberaler „Volksvertreter“ es über sich gebracht, sei es im Reichstag, sei es in einem einzelstaatlichen Landtag ein Wort des Tadels über die Verfolgungen auszusprechen, denen die Sozialdemokratie in den meisten deutschen Staaten ausgesetzt ist? Hat man auch aus nur einem der vielen Landtage gehört, daß ein „Volksvertreter“ für das Wahlrecht der Arbeiter eingetreten sei? Von diesem und vielem anderen kein Wort, wol aber vom Gegenteil sehr viel. Die deutschen Arbeiter aber, statt den Kampf mit Zusammenfassung aller Kräfte gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker sozial und politisch zu führen, lassen sich seit vielen Jahren in unseliger Verblendung wie wilde Thiere aufeinander hegen, ruinieren und vergenden ihre besten Kräfte im gegenseitigen Kampfe zum Spott und im Interesse ihrer Gegner.

Statt in der Gewerkschaftsorganisation gleich den Meistern sich zu vereinigen, bilden sie zwei, drei, konkurrierende und sich feindlich gegenüberstehende Organisationen. Statt die knappen Mittel zusammen zu nehmen, unterhält man zwei, drei Verwaltungen, die natürlich bezahlt werden müssen, drückt man für jede Organisation besondere Statuten und Karten, die natürlich viel Geld kosten; schickt jede Partei ihre Agitatoren, die aber nicht neue Propaganda zu machen suchen, Gott bewahre. Diese reisen sich vielmehr gegenseitig nach, treffen in den Versammlungen aufeinander und da beginnt denn jener schmachvolle, in den letzten Jahren hundertmale aufgeführte Kampf. Man bekämpft sich nicht wegen Prinzipien, nein wegen Personen und Organisationen. Bei der gegenseitigen Erhigung und Erbitterung kommt es zu allerlei unangenehmen Szenen, die Gegner jubeln, die Parteien verschwenden die sauer zusammengebrachten Gelder, die Agitatoren ihre beste geistige Kraft, die Mitglieder werden gegenseitig immer erbitterter; und die neutralen Massen, welche kamen, um sich belehren zu lassen? „Denen wird von alledem, was sie hören, so dumm, als ginge ihnen ein Mühlrad im Kopfe herum;“ abgestoßen und angeleitet gehen sie nach Hause und betheiligen sich bei — nichts. Daß dies nicht zu schwarz gemalt ist, wird Jeder zugeben, der die Dinge kennt. Die Bewegung hat in den letzten Jahren, das ist wahr, bedeutende Fortschritte gemacht, aber sie würde dreimal stärker sein,

wenn die Arbeiter einig wären. Der Verblendete muß das begreifen, daß das nicht so fort gehen darf.

Zu diesen Nachtheilen kommt noch, daß jede Fraktion ihre besonderen Kongresse oder Generalversammlungen abhält, also doppelte und dreifache Reisekosten und Zeiterverschwendung entsteht — Nachtheile, welche die Armuth der Arbeiter doppelt schwer empfinden muß.

Was hier von den Gewerkschaften gesagt wird, gilt natürlich auch von den politischen Organisationen; hier vielleicht in noch höherem Grade. Denn in diesen ist der Kampf zuerst entbrannt und am heftigsten geführt worden; von diesen aus ist erst der Kampf und der Zwiespalt in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen worden und wird in letzterer nicht eher aufhören, bis er in ersterer beseitigt ist. Und wie steht es mit den Erfolgen auf politischem Gebiete? Z. B. bei der Reichstagswahl, der einzigen Gelegenheit, wo die Arbeiter halbwegs, trotz Diätenlosigkeit, Beschränkung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsdrehtes ihr Gewicht in die Waagschale werfen können. Die Erfolge der letzten Wahl liegen vor aller Augen; und daß es bei nächster Wahl nicht viel besser sein wird, wenn die jetzige Spaltung fortbauert, ist sicher. Denn nicht allein, daß sich die Stimmen der Sozialdemokraten zersplittern, auch Tausende bis jetzt neutrale Arbeiter, die sich bei einigem geschlossenen Vorgehen ihr anschließen würden, halten sich fern. Wohl sind in diesem Jahre erfreuliche Versuche gemacht worden, durch gemeinsames Zusammenwirken in einer Gewerkschaftsorganisation die Spaltung zu beseitigen, aber das ist bei allem guten Willen doch bisher nur Stückwerk gewesen. Die Manufakturarbeiter haben z. B. ihren deutschen Arbeiterverein mit einer losen Organisation, unter und neben derselben laufen aber die Streikvereine des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die internationale Manufakturarbeiter-Gewerkschaft und der selbsthilfflerische deutsche Manufaktur- und Stuhlarbeiter-Gewerksverein. Ähnliches gilt von dem Verband der Schneider und neuerdings der Schuhmacher. Die besonderen Organisationen bestehen neben der allgemeinen, das Mißtrauen hat dadurch immer noch Nahrung und die doppelten Kosten der Verwaltung und Organisation, der Mangel an Einheit in der Bewegung und an Geschlossenheit des Auftretens gegenüber der Kapitalmacht ist vor wie nach immer noch vorhanden. Eine vollständige Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird daher so lange eine Illusion bleiben, als die Spaltung in der politischen Fortdauer. Diese Spaltung erhält ihre Nahrung aus der gegenseitigen Bekämpfung der Parteiorgane und wird in die Gewerkschaften getragen, weil die meisten Mitglieder diese Organe nicht nur lesen, sondern auch sehr häufig Mitglieder der politischen Arbeiter-Organisationen sind.

Das hat denn auch der deutsche Tabakarbeiterkongress, der kürzlich in Leipzig tagte, klar erklärt. Die deutschen Tabakarbeiter waren von jeher die eifrigsten Sozialdemokraten, die Folgen der Spaltung unter diesen hat auch der Tabakarbeiterverein mehr denn irgend eine andere deutsche Gewerkschaftsorganisation zu kosten bekommen. Bei den Tabakarbeitern war also wohl ein klares Verständnis darüber, wo sie der Schuh drückt, zuerst zu erwarten. Die erste auf dem Kongress der Tabakarbeiter in Leipzig angenommene Resolution lautet: „Der Kongress erklärt, die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in einer starken politischen Organisation ist die Grundbedingung der Einigkeit in den Korporationen.“

Das heißt man den Nagel auf den Kopf treffen. Das ist ein Ausspruch, den die deutsche Sozialdemokratie sich mag zu Herzen nehmen und darnach — handeln. Ist denn die Einigung wirklich so schwer? Sind unüberwindliche Hindernisse vorhanden? Untersuchen wir.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokraten begann sofort nach dem Tode Lassalle's und zwar zunächst im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, der sich später in die sogenannte Schweizerische und Hagsfeld'sche Fraktion spaltete. Der Kampf, aus persönlichem Egoismus und Ehrgeiz entbrannt, hat sich in diesen beiden Fraktionen bis zum Jahre 1870 und 71 fortgesponnen, wo er, durch das Bankrotwerden des Hagsfeld'schen Vereins, von selbst aufhörte. Die dritte sozialdemokratische Fraktion trat im Jahre 1868 auf, wo der „Verband der deutschen Arbeitervereine“ sich in Nürnberg zum Programm der „Internationalen Arbeiterassoziation“ bekannte. Unter dem damaligen Präsidenten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, Herrn von Schweiger, der in seinem eignen Verein schon damals einem starken Mißtrauen und scharfer Opposition begegnete, war an eine Einigung von vornherein nicht zu denken. Als 1869 der Eisenacher Kongress durch die Opposition der beiden Fraktionen des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und den „Verband der deutschen Arbeitervereine“ zu Stande kam und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet wurde, blieb das Verhältnis zu Schweiger dasselbe. Schweiger warf man bekanntlich sein Spiel mit der preussischen Regierung vor; als er dann im Jahre 1871 abtrat und seine früheren Genossen, die jetzigen Leiter des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und des „Neuen Sozialdemokrat“, ihr Amt antraten, wurde von Seiten der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ behauptet, das sei nur ein Personen-, kein Systemwechsel, und der Kampf wurde fortgesetzt. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Vorwürfe gerecht waren, wir wollen allen persönlichen Reibereien fern bleiben und

*) Wir wollen absichtlich diese geschichtliche Darstellung nicht ausführlich behandeln, um jedem neuen Streit aus dem Wege zu gehen; müssen aber bemerken, daß die Darstellung der Entwicklung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ im „Neuen Sozialdemokrat“ durch Hrn. Lütke von A bis B auf Unwahrheiten und schiefer Auffassung beruht.

einfach sachlich die Gründe untersuchen, die einer Vereinigung angeblich entgegenstehen sollen.

Das sollen vornehmlich zwei sein: prinzipielle und taktische. Mit anderen Worten: die verschiedenen Programme und Organisationen sollen das Hinderniß sein.

Was ist das Programm des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“? Dasselbe will: 1) die Verwirklichung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts für alle öffentlichen Wahlen, ausgeübt von allen dispositionsfähigen Männern; 2) nach Herstellung der politischen Freiheit die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe.

Was verlangt das Programm der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“? Dies besagt in seinem Punkt 1: „Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevorstellungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren“, und Punkt 10 lautet: „Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien“. Kann Jemand in diesen beiden Punkten einen Unterschied finden zwischen dem Programm der beiden Fraktionen? Gewiß nicht; nur einen Unterschied in den Worten. Bilden denn aber die übrigen Punkte des Eisenacher Programms Forderungen, die ein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ nicht unterschreiben könnte? Punkt 2 lautet: „Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsgewalt) durch das Volk“. Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ hat schon jetzt die direkte Volksabstimmung in seiner Organisation, z. B. bei der Präsidentenwahl. Wird er diese etwa für das Volk im Staat nicht auch einführen und noch erweitern wollen? Punkt 3 lautet: „Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession“. Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ will die Beseitigung des Klassenstaates, ergo Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession. Also auch hiermit muß er einverstanden sein. Der 4. Punkt lautet: „Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“. Sollte etwa ein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ das gegenwärtige Heersystem aufrecht erhalten wollen? Gewiß nicht. Also auch hier Einverständnis. Oder sollte mit irgend einem der übrigen Punkte, die wir der Kürze halber hintereinander folgen lassen, irgend ein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ nicht einverstanden sein? Wir glauben auch das nicht. Die Punkte lauten:

- 5) Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgerichtsbereiche, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Preis-, Vereins- und Koalitionsengesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.

Daß das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag werthlos ist, so lange es keine Diäten, keine unbeschränkte Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit gibt, daß weiß jedes Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ so gut wie jeder Schreiber dieses. Also in der prinzipiellen Anschauung besteht zwischen den Mitgliedern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und denen der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ nicht der geringste Unterschied. Oder sollte irgend einer der Punkte in dem Eisenacher Programm im Widerspruch mit den Lassalle'schen Forderungen stehen, dann bitten wir es uns zu sagen, wir bestreiten es. Wir glauben ferner, daß in der ganzen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ kein Widerspruch entstände, wenn verlangt würde, ein neues, präziseres und schärferes Programm aufzustellen. Das Bedürfnis darnach ist wenigstens in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vorhanden. So ist z. B. die Grund- und Bodenfrage in keinem der beiden Programme erwähnt, obgleich beide Fraktionen auch darüber einig sind. Hat auch Lassalle in keiner seiner Schriften diese Frage erörtert, so wird doch kein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ deshalb daran Anstoß nehmen. Die Sozialdemokratie ist ja eine Partei des Fortschritts, des energischsten Fortschritts. Bei ihr gibt's nicht, wie bei Konfessionen und Pfaffen, unabänderliche Dogmen und Glaubenssätze.

Es ist also festgestellt, daß zwischen den beiden Programmen kein prinzipieller Unterschied besteht und ebenso wenig in den prinzipiellen Anschauungen der Mitglieder. Oder sollte vielleicht der Unterschied darin bestehen, daß das Programm des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ betont, „daß das sozial-politische Endziel auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden soll“, während das Eisenacher Programm es für überflüssig hält, dies zu betonen? Das wäre doch lächerlich. „Auf dem Weg der Gesetzgebung“ will auch die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ die soziale Frage lösen, wir wüßten wirklich nicht, wie es anders gemacht werden sollte. Die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ führt den politischen Kampf forcirter wie der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, und daher kommt es, daß ihre Mitglieder und Organe mehr von der Staatsgewalt gemahregelt und für „revolutionär“ erklärt werden. Aber damit handelt sie ja im Lassalle'schen Geiste, denn Lassalle hält die Erringung der politischen Freiheit für das Erste, und er hatte in diesem Kampfe seine

zahlreichen Prozesse sich geholt, er hatte sogar, so gut wie die Leipziger, seinen „Hochverrathprozess“.

Aber vielleicht bieten die beiderseitigen Organisationen unüberwindliche Hindernisse? Untersuchungen wir also auch diese. (Schluß folgt.)

Was unsre Gegner denken.

Would that a God the gift would g'oe on
To see us so as others see us.
(O gäb uns doch ein gü'tger Gott die Gabe
Uns so zu sehn, wie Andern wir erscheinen.)

So sang einst Burns. Was der „güt'ge Gott“ uns zu geben unterlassen hat, wird zum Glück durch unsere Feinde einigermaßen ersetzt. Sie stoßen uns manchmal unter Applikation eines wohlgemeinten Faustschlags, so kräftig mit der Nase auf das Bild, „wie Andern wir erscheinen“, daß wir es, auch ohne die vom Dichter ersetzte „Gabe“ wohl oder übel betrachten müssen. Ein solches Bild hält uns z. B. mit obligatem Faustschlag die amtliche „Darmstädter Zeitung“ vom 27. November vor, in Gestalt eines Artikels, betitelt: Die „Internationale und ihre Gegner“, der, wie wir aus sehr guter Quelle erfahren, von dem gegenwärtig in Berlin weilenden Königlich Preussischen Ministerpräsidenten für das Großherzogthum Hessen, Hofmann, verfaßt ist. Wir glauben, mancher Parteigenosse wird sich wundern, und vielleicht auch lernen, wenn er sieht, „wie Andern wir erscheinen“. Der Artikel lautet:

„Angeht die hier stattgehabten Konferenzen zwischen Preußen und Desterreich, der neuerdings in Spanien, Portugal und Italien ergriffenen Maßregeln wegen der internationalen Arbeiterassoziationen und endlich der von Rußland versuchten Anbahnung eines internationalen Gesetzes gegen diese Partei dürfte es interessant sein, von einigen, und von einem Eingeweihten aus London zu gegangenen Mittheilungen Kenntniß zu nehmen. Bekanntlich hat schon mit der Ankunft der Kommunisten in England eine bedeutende Vereinigung unter den Führern Platz gegriffen, die endlich mit der entschiedenen Spaltung der ganzen Partei auf dem Kongress im Haag endete, wie schon die versuchte Verlesung des Schwerpunktes nach New-York deutlich zeigt. Seit dem Kongress zu Haag, von dem die hiesige, wie im Allgemeinen die deutsche Presse wohl deshalb kein klares und richtiges Bild erhalten hat, weil sie ihre Berichte, ohne ihr Wissen, wie wir mit vollem Rechte annehmen können, von einem eifrigen Anhänger der Internationalen, von einem Mitglied der Bebel-Liebnecht'schen Partei in Berlin, bezogen hatte, ist diese Spaltung nicht kleiner geworden, sondern hat zu einer vollständigen Trennung des weitaus größten Theiles der Sektionen geführt, so daß man mit Recht sagen kann, das Schiff der Internationalen treibt ohne Steuer. Die einzelnen Sektionen in den einzelnen Staaten sind augenblicklich auf sich allein angewiesen und kümmern sich um die Herren Marx und die Herren des Generalraths nicht im Geringsten. Der Vorsitzende des Kongresses zu Haag, Ravoir, hat sich, in Gemeinschaft mit der Blanquisten Partei, den gesammten Kommunisten losgesagt. Sämmtliche Sektionen in Belgien, Italien und Frankreich haben jetzt entschieden Front gegen den Generalrath gemacht. Die beiden Blätter „Liberté“ und „L'Internationale“, die beide bis vor kurzem durch die und dümm mit Marx gegangen waren, haben jetzt entschieden gegen ihn Partei ergriffen. In London selbst ist bekanntlich dem Generalrath im vollstem Sinne des Wortes der Boden unter den Füßen fortgezogen, tren, soweit man dieses Wort bei den immer Berrath witternden Leuten anwenden kann, sind nur noch einige spanische Sektionen und die Bebel-Liebnecht'schen Anhänger in Deutschland. Soweit unser Londoner Gewährsmann.

„Doch wie sieht es mit denen augenblicklich aus. Seitdem die beiden Häupter der Partei, Bebel und Liebnecht, im Gefängniß sich befinden, geht es auch hier, also in der deutschen Sektion der Internationalen, lunterbunter. Zwischen dem „Volkstaat“, dem leitenden Blatte dieser Partei, einerseits und der Kontrollkommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei andererseits herrscht augenblicklich heftige Feindschaft. Auch den deutschen Internationalen geht es im Kleinen so, wie der internationalen Arbeiter-Assoziation im Großen; sie zerfällt eben in lauter Fraktionen und Fraktionchen. So brachte leghin der „Volkstaat“ eine offene Kriegserklärung gegen die Sozialdemokraten Hafenslever'scher Fraktion, in welcher unter anderem auch gesagt war, daß der Schwerpunkt der Agitation der internationalen Arbeiterpartei (Bebel-Liebnecht, Eisenacher Programm) nach Berlin verlegt werden müsse und der Kampf gegen die Hafensleverianer bis aufs Messer geführt werden müsse; trotzdem auf dem Kongress zu Mainz in diesem Jahr der Beschluß gefaßt worden, nichts unversucht zu lassen, um eine Versöhnung mit diesen Gegnern anzubahnen. Der Kriegsruf des „Volkstaat“ fand jedoch nur in einem Blatte der internationalen Partei in Deutschland Wiederhall. Die übrigen machten rüchhaltlos Front gegen das leitende Blatt, ja die „Eemniger Freie Presse“ die übrigens kürzlich auch den unfehlbaren Passalle einen eitlen Menschen genannt hatte, erklärte, sie widersetze sich dem „Volkstaat“. Der Rest der Satrapen der Herren Bebel-Liebnecht, der „Dresdener Volksbote“, der „Krimmischer Bürger- und Bauernfreund“ und die „Demokratische Zeitung“ in Berlin nehmen gar keine Notiz von jener geharnischten Erklärung des „Volkstaats“. Dieser muß sich nun in seiner Nummer vom 20. November gefallen lassen, daß die Kontrollkommission der Internationale an hervorragender Stelle eine Erklärung gegen ihn losläßt, in welcher der „Volkstaat“ vollständig desavouirt wird und in der es unter anderem auch heißt: „Die Redaktion darf keine Privatmeinung haben.“ Derselben wird ferner jedes Recht abgeprochen, diese ihre Meinung an hervorragender Stelle zu äußern, denn sie sei nichts anderes als das Organ der Partei und darf nimmermehr versuchen, die Parteigenossen zu leiten, sondern muß sich rüchhaltlos von ihnen leiten lassen.

Zeigen schon diese Vorgänge, daß bei diesem Theile unserer Sozialdemokratie alles außer Rand und Band ist, so kommt noch hinzu, daß unter ihren süddeutschen Anhängern, und die bilden eine bedeutende Zahl, ebenfalls ein Bruch entstanden ist. Hervorgehoben wird derselbe durch die Münchener Parteigenossen, welche in der Hauptstadt Bayerns einen bayerischen Arbeitertag abhalten wollten. Sie wurden deshalb von den Nürnberg-Fürthern als Verräther erklärt und mußten sich gefallen lassen, daß diese den Arbeitertag hintertrieben. Man wollte nämlich hinter diesem einen Schachzug der Hafensleverianer entdecken. Dadurch war auch thatsächlich der bayerische Arbeitertag hintertrieben. Die Münchener sind hierzu nicht still gelieben und gehen nun jetzt damit um, sich von Bebel-Liebnecht loszusagen um wahrscheinlich zur Fahne Hafenslever-Bassermann zu schwören. Wie es um die Partei dieser Herren steht, hoffen wir binnen kurzem mittheilen zu können. Aus dem Ganzen möge man aber ersehen, wie weit es mit der Phrase von der „Gleichheit und Brüderlichkeit“ her ist, welche diese Herren jeden Augenblick im Munde führen.“

Politische Uebersicht.

Nach einer Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sollen die Nationalliberalen im preussischen Landtag sich mit der schönen Idee tragen, einen Gesetzentwurf, betreffend die Arbeitseinstellungen, einzubringen, der natürlich den Zweck haben soll, das so schon eng genug begrenzte Koalitionsrecht der Arbeiter womöglich zu vermindern. Der beabsichtigte Gesetzentwurf soll die „widerrechtliche“ Arbeitseinstellung der Gesellen und Lehrlinge verbieten und auf Antrag der „Berechtigten“ eine sofortige Haft bis zu 14 Tagen eintreten lassen. Sobald der Gesetzentwurf uns vorliegt, werden wir denselben näher beleuchten. Uns scheint die Nachricht in so fern nicht ganz korrekt zu sein, als die Regulierung des Gewerbewesens Sache des Reichstags ist, der preussische Landtag also sich gar nicht damit zu befassen hat. Wahrscheinlich wird der Sachverhalt der sein, daß die preussischen Nationalliberalen ein solches Gesetz planen um es dann im Reichstag zur Vorlage zu bringen. Die Maßregel hätte den Vortheil, den Arbeitern ad hominem zu demonstrieren, was sie von der „liberalen“ Kapitalistenklasse zu erwarten haben. Vielleicht kommen unsere Liberalen in Kurzem auf den Standpunkt des Herrn Thiers, der bekanntlich sofort einige tausend Soldaten mobil machen läßt, sobald ein Strife droht. Das wirkt jedenfalls noch viel kräftiger als Gefängnißhaft und hat den Vortheil, dem Arbeiter klar zu machen, für wen die Staatsgewalt und die Militärmacht eigentlich da ist.

In Wien hat die österreichische Polizei einen neuen Gewaltstreik gegen die Arbeiter vollbracht. Sie hat den 1600 Mitglieder zählenden Fortbildungverein für Buchdrucker aufgelöst, weil er die streikenden Goldarbeiter mit 100 fl. unterstützt hat und seinen Mitgliedern den Eintritt in die Separat-Krankenkassen einzelner Druckereien untersagt hat. Ferner ist den wiener Buchdruckern die Abhaltung einer Versammlung untersagt worden, in welcher die Coalition der Buchdruckereibesitzer zur Verhinderung einer Lohnerhöhung besprochen werden sollte. — Die Sozialdemokratie darf sich zu solchen Gewaltstreichen gratuliren; dadurch werden die Arbeiter nur um so rascher in ihre Reiben getrieben. Nimmt man den Arbeitern das Recht, auf ruhige gesetzliche Weise auf dem Boden der bestehenden Produktionsverhältnisse sich über ihre materielle Lage zu besprechen, tritt die Staatsgewalt in brutalster Form für die Interessen der Kapitalmacht ein, dann werden die Arbeiter mit der Nase auf die Nothwendigkeit der Umänderung dieser Staatsgewalt gestoßen; die herrschende Klasse erreicht das Gegentheil von dem, was sie zu erreichen hofft.

Im Mai des vorigen Jahres wurden in Kopenhagen verschiedene Sozialisten, darunter unser Freund Pio, ohne Angabe eines Grundes verhaftet, und befanden sich bis auf den heutigen Tag in Untersuchungshaft. Noch immer ist kein Termin für die Gerichtsverhandlung festgesetzt, was sehr natürlich ist, da es um Anklagematerial eben so schlecht bestellt ist, wie bei ähnlichen Tendenzprozessen. Pio's Gesundheit hat durch die Lage fast so sehr gelitten, daß sein Arzt die schlimmsten Folgen befürchtet, wenn nicht ein Urlaub aus der Haft bewilligt wird.

Die Bakunisten von der „Allianz“ geben sich alle Mühe die Internationale todzumachen, aber es geht nicht. Selbst nicht in den Ländern wo sie bisher ganz allein das große Wort führten. Man erinnert sich, daß in Italien die angeblich dort existirende Internationale eine bloße Unterabtheilung der „Allianz“ vor und auf ihrem Kongress von Rimini sich vom Generalrath, von den Statuten, kurz von der ganzen Internationalen los sagte, aber mit dem Vorbehalt, dennoch in der Internationalen zu bleiben, der sie mit Ausnahme von einer Sektion (Neapel) nie angehört hatte. Die wirklich aufgenommenen Sektionen Turin, Mailand, Ferrara, waren in Rimini nicht vertreten. Obwohl nun diese „italienische Föderation“ jeden Verkehr mit dem Generalrath für Verrath erklärt hat, haben sich doch in den letzten Wochen zwei neue Sektionen Codi und Aquila (Abruzzen) an den Generalrath um Anerkennung gewandt.

Spanien war das Land wo die Bakunisten ihre Hauptstärke zu besitzen vorgaben. Ganz Spanien gehörte ihnen; daß die Neue Madrider Föderation und die von Alcalá de Henares schon auf dem Haager Kongress durch ihren Vertreter Paul Lafargue gegen das Vorgehen des spanischen Föderalraths protestirten, war zwar unangenehm, wurde aber auf Rechnung einzelner Individuen geschoben. Nun wohl! Nach dem Haager Kongress gingen die spanischen Delegirten nach der Schweiz, nahmen an dem Privatkongress der „Allianz“ in Saint Imier theil, und kehrten zurück mit dem Auftrag ihrer geheimen Vorgesetzten, den dort gefaßten Beschlüssen in Spanien Geltung zu verschaffen. Der spanische Föderalrath, ebenfalls unter dem Kommando der Allianz, frug sofort bei allen Lokalföderationen an, ob man nicht schon am 25. Dezember einen spanischen Landeskongress abhalten sollte um zu entscheiden, welche Beschlüsse man annehmen wolle, die Haager oder die von Saint Imier. Ob dieser wunderbaren Zumuthung entbrannte der Kampf. In Gracia, der größten Fabrikstadt von Barcelona, wurde der Punkt drei Abende nacheinander debattirt. Die in Barcelona stark vertretene Allianz sandte ihre Hauptkräfte. Trotz alledem war das Ende vom Lied, daß die Föderation von Gracia einstimmig beschloß alle Haager Beschlüsse zu billigen und den 4 spanischen Delegirten ein Tadelvotum zu geben. In Valencia, dem Sitz des Föderalraths, fand sich der letztere bei der Generalversammlung die über die Kongressberufung entscheiden sollte, so sehr in der Minorität, daß er es gar nicht zur Abstimmung kommen ließ; in Folge dessen haben sich die wirklichen Internationalen von der alten Lokalföderation getrennt und eine neue gebildet. Dasselbe geschah in Cadix, Toledo, Badalona, Denia, Lerida, Pont de Bijunars haben sich ebenfalls gegen den Föderalrath erklärt, der trotzdem außerordentlichen Kongress auf den 25. Dezember nach Córdoba berufen hat. Da nun der letzte Kongress (von Saragossa) auf die Tagesordnung des nächstfolgenden die Aufgabe gesetzt hat, die Organisation der spanischen Internationalen mit den Beschlüssen des nächsten allgemeinen Kongresses (im Haag) in Einklang zu bringen, der Föderalrath ihm aber die Aufgabe stellt, zwischen den Haager Beschlüssen und denen von Saint Imier zu wählen, so hat der Föderalrath sowohl die allgemeinen wie die besonderen spanischen Statuten gebrochen und ist dadurch seines Mandats verlustig. Die neue madrider Föderation hat demzufolge alle statuentreuen Föderationen und Sektionen des Landes aufgefordert einen neuen provisorischen Föderalrath zu wählen, der im Einklang mit dem New-Yorker Generalrath arbeiten wird. Die meisten vorgenannten Föderationen haben bereits zugestimmt, die Bewegung wickelt sich rasch und andere Sektionen werden folgen.

Holland stimmte auch im Haag mit der Minorität und mehrere holländische Delegirte unterschrieben den Protest derselben. Die im Haag an die Luft geleiteten Intriganten vom Jura luden neuerdings die Holländer ein, einen einzuuberufenden neuen Gegenkongress zu beschließen, was den Haager Beschlüssen schließlich der

Sarans gemacht werden sollte. Die Holländer beschloßen auf einem Landeskongress 1) dem Generalrath treu zu bleiben, 2) den Juralongress zwar mit einem Delegirten zu beschließen, der aber nur Erkundigungen einziehen und nicht stimmen solle; 3) keinen neuen Kongress als bindend anzuerkennen, außer dem regelmäßigen allgemeinen Kongress vom September 1873, und etwaige Beschwerden nur vor diesem vorzubringen. Mit diesen Beschlüssen ist Holland aus dem von den Allianzverschwörern beabsichtigten Sonderbund ausgetreten.

Der gesunde Sinn der Arbeiter wird überall mit den Intriguen der Spekulation fertig, die die Internationale zu ihren Privat Zwecken ausbeuten wollen.

Zur Wahl Bebel's.

Das Ministerium des Innern macht bekannt, daß der 20. Januar 1873 zur Vornahme der Neuwahl im siebenzehnten Wahlbezirk festgesetzt worden ist. Die Auslegung der Wahllisten soll spätestens am 14. des laufenden Monats erfolgen. Zum Wahlkommissar ist Kanzleirath Richter in Glauchau ernannt.

Die in Nr. 98 dieses Blattes enthaltene Notiz über die Ausweisung Nuth's giebt „irgend Jemand“ Veranlassung, sich in Nr. 345 des „Leipziger Tageblatts“ folgendermaßen auszulassen: „Abgesehen davon, daß eine Ausweisung aus Leipzig den Zweck verfehlen würde, wenn der Ausgewiesene im nächsten Dorfe Wohnung nehmen dürfte, die Anordnung besteht, daß ein von hier Weggewiesener auch in den etwa 30 Dörfern der Umgegend nicht geduldet werden soll, kann der „Volkstaat“ aus der Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen vom Jahre 1833, Seite 151 sich belehren, daß die Leipziger Polizeibehörde sowohl in den nächstgelegenen als in mehr als eine halbe Meile entfernten Ortschaften polizeiliche Expeditionen, wozu auch Verhaftungen gehören, vorzunehmen befugt ist.“

„Abgesehen davon“, daß die Ausweisung Nuth's, auch wenn sie sich auf die etwa 30 Dörfer der Umgegend Leipzigs erstrecken würde, in der That „den Zweck“ verfehlt, da zehn Andere bereit sind in die Bresche zu treten, so bleiben wir doch dabei stehen, daß Polizeidirektor Räder seine Befugnisse überschritten und in die Rechte des königlichen Gerichtsamts eingegriffen hat, als er Nuth den Aufenthalt in den Dörfern der Umgegend Leipzigs verboten hat. Es ist nicht wahr und von dem Verfasser der Tageblatt-Notiz erdichtet, daß eine so allgemeine Anordnung bestehe, nach welcher ein von hier Weggewiesener auch in den etwa 30 Dörfern der Umgegend nicht geduldet werden soll. Von wem soll diese Anordnung ausgegangen sein? Jedenfalls müßte sie sich im Gesetzbuch finden, wenn sie Gültigkeit haben soll, da sie tief in die Rechtssphäre der Staatsbürger eingreifen würde. Es ist auch nicht wahr, daß nach der Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen vom Jahre 1833, Seite 151 die Leipziger Polizeibehörde so ohne Weiteres, sowohl in den nächstgelegenen als in mehr als eine halbe Meile entfernten Ortschaften polizeiliche Expeditionen, wozu auch Verhaftungen gehören, vorzunehmen befugt sei.

Die Verordnung des königlichen Ministeriums, welche auf der angezogenen Seite der Gesetzsammlung zu finden ist, und welche der offizielle Correspondent in ganz entstellter und verdrehter Weise wiederzugeben sich erlaubt, giebt der hiesigen Polizei das Recht, in den benachbarten Ortschaften unmittelbar Visitationen und Expeditionen vorzunehmen, andrücklich nur in solchen Fällen, wo auf dem Wege der Requisition ein sicherheitspolizeilicher Zweck nicht zu erreichen ist. Was hat aber diese Bestimmung mit der Ausweisung Nuth's zu thun? Kann durch dieselbe etwa der erwähnte gesetzwidrige Uebergriff des Polizeidirektors entschuldigt werden? Oder soll der Hinweis auf dieselbe etwa eine Drohung enthalten, daß die Polizeibehörde „polizeiliche Expeditionen, wozu auch Verhaftungen gehören“, gegen Nuth im Bezirke des Gerichtsamts vornehmen könne? Eine solche „Expedition“ wäre ebenso gesetzwidrig, wie die Ausweisung Nuth's aus den benachbarten Dörfern durch Polizeidirektor Räder, weil es sich hierbei doch sicher nicht um einen „sicherheitspolizeilichen Zweck“ handeln würde, der auf dem Wege der Requisition nicht möglich zu erreichen wäre.“

In Mailand wird eine italienische Uebersetzung von Marx's „Kapital“ erscheinen. Der Uebersetzer ist der General La Cecilia; er wird sowohl die deutsche 2. Auflage wie die französische Uebersetzung benutzen.

Aus der letzten Nummer des „Volkwille“ ersehen wir, daß auch die Wiener Parteigenossen jetzt ihre eigene Druckerei haben.

Da die Bemerkung der Kölner Correspondenz in Nr. 98, betreffend den Uebertrag der Kontrollkommission, mehrfache Kundgebungen in entgegengelegtem Sinne hervorgerufen hat, sieht die Redaktion des „Volkstaats“ sich zu der Erklärung genöthigt, daß sie, um eine die Parteiinteressen schädigende Polemik zu vermeiden, keinerlei Meinungsäußerungen über jenes Altenstück mehr aufnehmen wird, wenn nicht vom Anschluß, an den sie sich deshalb gewandt hat, anderweitige Verfügungen eintreffen.

Aus der besten aller Welten.

Wir hatten neulich bei Besprechung der Kindersterblichkeit und der sogenannten „Unglücksfälle“ in den Kohlenbergwerken Solgenheit, den mörderischen Charakter der heutigen Gesellschaftszustände nachzuweisen. Daß es kaum einen Produktionszweig giebt, der das Leben des Arbeiters nicht kürzt, seine Gesundheit nicht schädigt, ist eine statistisch festgestellte Thatsache. Wir wollen heute ein haarsträubendes Beispiel heranziehen, das wir wohl gemerkt! in dem Organ des Fabrikantenbundes, der „Concordia“ vorfinden. In einem Artikel der letzten Nummer (48) betitelt: „Nochmals aus dem Gebirge Riesengebirge?“ wird die Lage der Glaskleifer geschildert. Es heißt daselbst u. A.:

„Sämmtliche Glaskleifer, welche ich über ihren Gesundheitszustand befragt habe, waren mehr oder minder brustkrank, und die solchen augenblicklich in Abrede stellten, verneinten die Frage nach den dafür sprechenden Symptomen doch niemals unbedingt, sondern meinten nur, daß diese Symptome bei ihnen noch nicht „oder doch noch nicht so arg“ eingetreten seien, womit sie indessen hinlänglich bekundeten, daß ihnen ihr unvermeidliches Schicksal gar wol bekannt sei. — Das Brustleiden, welchem alle Glaskleifer mit gewiß nur höchst seltenen Ausnahmen, ausgesetzt sind, besteht in einer — ich glaube, asthma pulverulentum genannten — Lungenaffektion, welche der Regel nach in die eitrige Lungenentzündung übergeht, und in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung häufig Wuthstuden im Gefolge hat. Es giebt wol keinen Glaskleifer, welcher nicht, nachdem er 5 bis 6 Jahre sein Gewerbe betrieben, an einem eigenthümlichen Deud auf der

Brust, am Unvermögen tief und frei zu athmen, sowie am Husten litten. Doch diese Symptome steigern sich, mit Zeiten scheinbarer Besserung abwechselnd, nur so allmählig, daß die davon Ergriffenen, sei's in Folge der Macht der Gewohnheit, oder weil sie jene Zufälle für etwas, mit ihrer Beschäftigung nothwendig Verbundenes halten, in den ersten Jahren kaum eine Klage laut werden lassen. Obwohl ihre frühere gesunde Gesichtsfarbe bereits in eine bleiche, gelbliche oder erdfahle übergegangen, der ganze äußere Habitus ein krankhaftes Ansehen angenommen hat, scheinen sie doch kaum sich unwohl zu fühlen, und setzen ihre Arbeit unverdrossen fort. Nach und nach wird aber ihre Haut immer welker, das Gesicht mitunter sogar aufgedunsen, die Athmung beschleunigter; es tritt periodisches Herzlopfen ein, und werden stichtige Stiche auf der Brust empfunden; der Anfangs kurze und trockene Husten wird heftiger, und liefert einen Auswurf, der nicht selten unter den Zähnen kirscht, und bisweilen steinigte Beimischung enthält. Auch jetzt noch schleicht das Uebel langsam einher, und es treten noch ab und zu überraschende Besserungen ein. In der That aber schreitet die Krankheit nach längerem oder kürzerem Stillstande unaufhaltsam vorwärts, und tritt endlich in ihr letztes Stadium, welches ganz der gewöhnlichen Lungenschwindsucht gleicht. Der Verlauf der Krankheit geht so langsam vor sich, daß gewöhnlich 10 bis 15, selbst 20 Jahre verlaufen, ehe der Kranke erliegt, welcher glücklicher Weise die Lust und die Fähigkeit zur Arbeit bis in die späteste Zeit seines Lebens mehr oder minder zu bewahren pflegt. — Ein älterer Schleifer sagte mir: „Ich bin so leidend, daß ich keine sonderliche Arbeit mehr verrichten kann, — aber „am Schleifzeuge“ spüre ich von dieser Schwäche weniger.“ So macht Gewohnheit das ganze Leben.

Die Glaschleifereien sind Werkstätten von leichter Bauart, behufs der nothwendigen Helligkeit für die Arbeit mit möglichst großen Fenstern, häufig von drei Seiten umgeben, — daher vor dem Einbringen der ängeren Kälte wenig geschützt. Der aus einfachen Brettern bestehende Fußboden ist mit größeren und kleineren Oeffnungen für die Triebheile versehen, welche von dem im Untergeschoß liegenden Wassertriebwerke nach den Arbeitsstühlen laufen, und an denselben die Spindeln und Scheiben in Bewegung setzen. Dringt solcherart von außen feuchte Kälte in die Werkstätte, so herrscht in dieser umgekehrt eine sehr hohe Temperatur, weil die Räume niedrig sind, und weil ferner so viele Werkstühle als möglich darin aufgestellt werden, so daß bis 20 Arbeiter, und selbst mehr, eng neben einander sitzen, und weil endlich manche Schleifer das Feuer im Ofen, selbst während des Sommers, nicht ausgehen lassen, um bei der Schleifarbeit fortwährend heißes Wasser verwenden zu können. Denn nicht warm genug kann es der verweichtliche und kränklige Schleifer haben, und dabei strömt durch die Oeffnungen unter seinen Füßen die Kälte, im Winter eiskalt kalte Luft ein. So sitzt er, nur leicht gekleidet, mit vorn übergebogenem Oberkörper vor dem Schleifrade, den Unterleib, und häufig auch die Brust, angebrückt gegen die Wandungen eines vor ihm stehenden Gefäßes, welches zum Auffangen des Schleifandes dient, der — mit Wasser vermischt — beständig aus einem Trichter auf die Schleifscheiben herabfließt.

Es ist mir zweifelhaft, ob bei der eigentlichen, sogenannten Schleifarbeit, welche mit sehr nassem Sande auf einer Eisenscheibe verrichtet wird, eine erhebliche Staubentwicklung stattfinden kann. Die Quelle derselben ist vielmehr hauptsächlich das „Sprengen“, das „Vorzeichnen“ und „Poliren.“ Bei dem Sprengen wird — um an den Gläsern die richtigen Längen herzustellen — mit einer trockenen Sandsteinscheibe ein Maß eingeschiffen, und das Uebrige mit der Fange abgekiffen. Bei dem Vorzeichnen der Umrisse der einzuschleifenden Figuren wird gleichfalls mit dieser trockenen Scheibe gearbeitet. Das Poliren endlich geschieht auf einer trockenen Holzscheibe mit nur angefeuchtetem Sande, der unter der erdhigen Wirkung der Arbeit schnell trocknet. — Bei jedem Schleifer wechselt immer Sprengen, Schleifen und Poliren. So erfüllt sich die Luft der Werkstätte mit einem höchst feinen Staube, welcher dem Eintretenden kaum bemerkbar ist, doch unter der Lupe erdige und Glaspartikelchen erkennen läßt. Mit diesem Staube, wie mit einem sehr feinen Mehle, sind die Kleider der Arbeiter, die Wände, der Fußboden, die Dede und alle Geräthschaften der Werkstätte überstreut.

„In dieser Temperatur, in dieser Atmosphäre, in dieser Zugluft, mit der Körperhaltung, sitzen die Glaschleifer die volle Hälfte ihres Lebens. Weht das Geschäft gut, so wird über 12, bis 15 Stunden — ja, ich wage es kaum niederzuschreiben, nach Versicherung von Schleifern, bis 18 Stunden täglich, mit geringen, für die Mahlzeiten bestimmten Unterbrechungen, gearbeitet, da die Bezahlung nach dem Stüde geht, und angeblich — die Löhne sehr gedrückt sind. Die fleißigsten Arbeiter sterben am Fröhsten.“

Eines Kommentars bedarf dieses Gemälde nicht. Bloß auf zwei Stellen wollen wir aufmerksam machen: auf die Aeußerung des Verfassers, daß der Todeskandidat von Arbeiter „glücklicher Weise die Lust und Fähigkeit zur Arbeit bis in die späteste Zeit seines Lebens mehr oder minder zu bewahren pflegt.“ Dies „glücklicherweise“ ist bezeichnend. Der Arbeiter arbeitet sich zu Tode, aber „glücklicherweise“ kann er bis zum letzten Hauch des Kapitalisten Geldbeutel füllen. Seine hat einmal den Tod eines Mädchens besungen, das ein Köpchen aus dem Wasser ziehen wollte, das Köpchen auch rettete, aber selbst dabei ertrauf. Jeder Vers des Gedichts schließt mit dem Refrain:

„Doch die Kaye, die Kay' ist gerettet.“

Der Arbeiter arbeitet sich die Schwindsucht an den Hals, spuckt Stüd für Stüd seiner Lunge weg, bis das letzte Stüd weg ist — sehr schlimm das, ohne Zweifel

„Doch die Kaye, die Kay' ist gerettet.“

nämlich die Geldkage der Bourgeois!
Lehrreich ist ferner der Schlußatz der zitierten Stelle: „Die fleißigsten Arbeiter sterben am fröhsten.“ Natürlich, die heutige Lohnarbeit ist in den meisten Fällen ein langsamer Selbstmord — je intensiver die Arbeit, desto rascher der Tod. Bei den Glaschleifern tritt das nur etwas mehr zu Tag.

Der Artikel bringt dann folgende statistische Mittheilungen: „Die statistischen Nachrichten, welche ich mir beschaffen konnte, betreffen eine Zeit von etwa 25 Jahren, und sodann die neueste Gegenwart. Dene wiesen für einen Zeitraum von 10 Jahren unter 230 Glaschleifern 50 Todesfälle nach. Von den Gestorbenen erreichten nur 7 ein Alter über 50 Jahre. An Brustkrankheiten starben 32, doch, sagt mein Gewährsmann hinzu, man darf ja nicht glauben, daß unter den Uebrigcn keine Brustkrankte gewesen: „Jeder Schleifer ist brustkrank.“ Noch weit schreckender regender sind die Nachrichten für den Zeitraum von 1861 bis 1871. Bei einem Stamm von etwa 400 Glaschleifern (in ungefähr 22 Schleifstühlen) sind während dieser 10 Jahre, nach den Kirchenbüchern, 92 gestorben, wovon darunter 67 an Lungenschwindsucht und Auszehrung. Ich bemerke ausdrücklich, daß

meine Ermittlungen sich nicht auf den gleichfalls gefährlichen Beruf der Glaschneider erstrecken.)

„Ein amtlicher Artikel besagt:

„Das Gewerbe der Glaschleifer gehört bekanntlich zu denjenigen Beschäftigungen, welche das Leben in erheblichem Maße verkürzen. Selbst unter den günstigsten Umständen darf die große Mehrzahl der Glaschleifer nicht darauf rechnen, ein Alter von 50 Jahren zu erleben; die meisten sterben in den 40er Jahren, viele aber noch früher. Die Wenigen, welche das 50. Jahr überschreiten, sind solche, welche mit Unterbrechungen ihr Geschäft betrieben, oder sich aus demselben ganz zurückgezogen haben. Eine gründliche Verstopfung dieser Krankheitsquelle, wie solches sich in einem verwandten Falle für die Nähfadeln durch die mechanische Schleiferei errichten ließ, ist für die Glaschleiferei bei der unendlichen Mannigfaltigkeit ihrer Gegenstände nicht zu hoffen. Auch die Anwendung jener, die Athmungswege schützenden feinen Drathgewebe (der Respiratoren) hat sich gegen die außerordentliche Feinheit des Schleifstaubes nicht durchgreifend erwiesen. Der Glaschleifer bleibt ein Kandidat des frühen Todes!“

Der Artikelschreiber beschreibt hierauf einen originellen Steuerexekutionsmodus:

„Soll es dem Glaschleifer zum Troste gereichen, wenn dieselbe amtliche Quelle bemerkt, der Quarzstampfer (Bocher) in der Glasbütte sei noch schlimmer daran? Er halte die Arbeit in dem mit dem feinsten Quarzstaube erfüllten Raum, ohne nachhaltige Gefährdung seiner Gesundheit, nur wenige Woche aus, und man habe deshalb die Einrichtung getroffen, die säumigen Steuerzahler auf 14 Tage zum Bochen zu beordern; sie erhielten dann die Hälfte ihres Verdienstes mit etwa 2 Thalern pro Woche für sich ausgedient; die andere Hälfte fliehe zur Steuerkasse. Weitläufig bemerkt, ein eigenthümlicher Exekutions-Modus!“

„Soll man sich nun wirklich bei jenem Grabgefange beruhigen: „Der Glaschleifer bleibt ein Kandidat des frühen Todes?“

„Die von mir befragten Schleifer sagten: „Ja in der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit sehen wir ein Mittel einiger Abhilfe; freilich für unsere Herrn wegen der dabei Behufs unserer Lebenserhaltung unvermeidlichen Lohnerhöhung sehr unerwünscht.“

Bloß „eigenthümlich“ ist der Modus? Uns wills bedünken, jene Fürsten der guten alten Zeit, die zum Tod verurtheilte Verbrecher den Kerzen und Chemikern zu allerhand gewagten Experimenten überließen, seien höchst human gewesen, verglichen mit der Regierung, die ein solches Verfahren anordnet, oder auch nur duldet! — Aber soll das nun so fortgehen? Soll nichts für die Glaschleifer geschehen? Der Verfasser des Concordia-Artikels meint, der Staat „müsse die Frage zunächst einmal gründlich studiren.“ Studiren, nicht kuriren. Es ist kein Druckschleifer. Studiren. Das Kuriren ist eben schwierig. Haben nicht Arbeiter dem Concordiaschreiber gesagt: „Ja in der Verkürzung der Arbeitszeit sehen wir ein Mittel einiger (bloß einiger!) Abhilfe; freilich für unsere Herrn wegen der dabei behufs unserer Lebenserhaltung unvermeidlicher Lohnerhöhung sehr unerwünscht.“

Sehr unerwünscht; und darum müssen die Glaschleifer nach wie vor ihre Lunge wagsputzen. Mag einer nach dem anderen sterben, ehe er die Hälfte des Durchschnittslebensalters erreicht hat — die Lude füllt sich sofort wieder aus und

„Die Kaye, die Kay' ist gerettet.“

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig, 10. Dezember. Abrechnung vom Glaserstr. Die hiesigen Glasergehilfen sagen hiermit allen Denen ihren aufrichtigsten Dank, welche sie bei dem, im Juli vorigen Jahres ausgebrochenen Strike unterstützt haben. Der Strike ist ein vollständig gewonnen; alle aufgestellten Forderungen sind bewilligt worden schon in der ersten Zeit. Schwierigkeiten entstanden nur in der von uns aufgestellten Forderung: die Einwilligung des Prinzipals nur gelten zu lassen, wenn dieselbe dem Comité schriftlich gegeben werde. Wir waren zu dieser Forderung gezwungen durch die Prinzipale selbst, indem von verschiedenen Seiten das gegebene Versprechen nicht gehalten wurde. Wie üblich, und bei jedem Strike, gab es auch bei uns charakterlose Menschen, die durch ihre Feigheit den Strike in die Länge zogen. Dennoch ist der Sieg ein vollständiger. Unterstützungen gingen ein: von den Tischlern der Banfabrik 2 Thlr. 4 Ngr., Sammlung, vorgenommen bei der Holzarbeiterversammlung in der Westendhalle 1 Thlr. 20 Ngr. 2 Pf., von den Chemnitzer Kollegen 9 Thlr., von der Holzarbeitergewerkschaft hier 25 Thlr., von der Sektion der Stellmacher 1 Thlr. 23 Ngr., vom sozialdemokratischen Verein 5 Thlr., von den Stuttgarter Kollegen 15 Thlr., von den Chemnitzer Kollegen 11 Thlr. 2 1/2 Ngr. Das übrige wurde von den Leipziger Glasergehilfen gesteuert, welche zu den bewilligten Sätzen fortarbeiteten. Im ganzen wurden eingenommen 125 Thlr. 22 Ngr. 6 Pf. Ausgegeben wurden 87 Thlr. 21 Ngr. 3 Pf., bleibt in Kasse 38 Thlr. 1 Ngr. 3 Pf. Indem wir nochmals unsern Dank allen Denen aussprechen, welche uns unterstützten, geben wir die Versicherung, daß wir in ähnlichen Fällen stets hilfreich zur Seite stehen werden. Das Comité.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 11. Dez. Da noch mehrere Mitgliebschaften mit der Abrechnung im Rückstande sind, so bitten wir, bis zum Jahresschluß dieselben einzuschicken, und genau anzugeben, wie viel von dem Betrag als Eintrittsgeld oder Monatsbeitrag zu rechnen ist. Gelder sind eingezogen: aus Rarth Thaler 6 25 6, Erfurt 4 18, Chemnitz 2, Leipzig 2. Der Kassirer F. Müller in Leipzig wohnt Eisenstraße 29, Hof 2 Tr. In Dresden wohnt Reiseunterstützung der Bevollmächtigte H. Töllner, am See Nr. 6 IV. Arbeitsnachweis alle Wochentage von 10 bis 12 Uhr Palmstraße Nr. 20 part. Solide Beherbergung Gerbergasse Nr. 2 bei Dr. Taggesell.
Für den Verwaltungsrath: H. Zilger, Reitbahnstr. 5, Hof part.

Allgemeiner Schuhmacherverein.

Berlin, 10. Dez. Schuhmacher allerorts. Als vor kurzen der jüngst stattgehabte „Allgemeine deutsche Schuhmacher-Kongreß“ hierher berufen wurde, sind verschiedene Ansichten und Befürchtungen laut geworden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, alle diese Ansichten und Befürchtungen zu widerlegen oder zu berichtigen; der Kongreß hat getagt und es hat sich durch die Verhandlungen über die ihm vorgelegten Fragen gezeigt, daß der Betrieb auch unser Gewerbes immer mehr den früheren patriarchalischen Charakter verliert und den Großkapitalisten eine ergiebige Ausbeutungsquelle wird, deren nothwendige Folge, trotz übermäßiger Anstrengung unsererseits, übergroße Armut, Noth und Elend für uns ist. Liebert doch gerade unser Gewerbe ein nicht geringes Kontingent an Brust-

leidenden und frühzeitig Sterbenden. Dieser Ausbeutung entgegen zu wirken, und ein menschenwürdiges Dasein zu erringen, ist nur der vereinten Anstrengung aller Berufsgenossen möglich; in dieser Erkenntnis hat der Kongreß beschlossen, einen „Allgemeinen Schuhmacherverein“ zu gründen und den unterzeichneten Ausschuß mit der Leitung desselben beauftragt.

Kollegen! Wir wissen, daß die uns gestellte Aufgabe keine leichte ist; wir sind uns bewußt, daß streng gerechte, gewissenhafte und unparteiische Leitung des Vereins unsere erste und hauptsächlichste Pflicht ist; wir werden diese Pflicht mit aller unserer Kraft zu erfüllen suchen, aber wir sind uns auch bewußt, daß wir, trotz aller Anstrengung nichts vermögen, wenn uns eure Unterstützung fehlt, darum rufen wir Euch zu: haltet darauf, daß wir unsere Schuldigkeit thun, aber vergeßt nicht, auch die eure zu thun! Nur durch vereintes, festes, brüderliches Zusammenstehn wird es uns möglich sein, etwas zur Verbesserung unserer Lage zu thun!

Das Statut, welches in wenigen Tagen verschickt werden kann, ist kein Muster, keine Vollkommenheit, die Zeit wird es vollkommen werden lassen; eins aber bietet es: die Möglichkeit der Vereinigung all Eurer, die bis jetzt sich gegenüber gestanden. Der „Allgemeine Schuhmacherverein“ ist somit kein neuer, die Kollegen zerklüftender Verein, sondern gerade dadurch, daß er Niemanden zwingt, ihm liebgewordene Organisationen aufzugeben, ein Brudersbund für die schon bestehenden. In diesem Geiste ist das Statut gefaßt, und in diesem Geiste werden wir die Verwaltung führen. Darum fort mit allem kleinsten Zwist und Hader, fort mit aller uns zerklüftenden Zwiethracht; offen bieten wir allen Kollegen von Nah und Fern die Bruderhand; schlagt ein in dieselbe; seid Euer eigener Meister; tretet dem Vereine bei und macht so den Ruf in unserm Gewerbe zur Wahrheit: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Der Ausschuß des „Allgemeinen Schuhmachervereins“:
Kühn, Vorsitzender, Wegner, Stellvertreter, Bioch, Hauptkassirer, Wenner, Schriftführer, Fokole, Beisitzer.

Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden Herrn Kühn, Kürassierstraße 14. Alle Gelder an den Hauptkassirer Herrn Bioch, Friedrichstraße 178.

Correspondenzen.

Braunschweig, 7. Dezbr. Zu Ende voriger Woche wandten sich die hiesigen Buchdruckergehilfen an ihre Prinzipale, um die Einführung eines einheitlichen Tarifes und eine Lohnerhöhung zu erlangen. Sie stellten denselben, nachdem sie eine Tarif-Kommission niedergelegt hatten, folgendes vom 28. November datirtes Zirkular zu: „Geehrte Herren Prinzipale! Während nicht nur alle namhaften Druckstädte, sondern selbst die meisten kleineren Orte, in denen unsere Kunst vertreten, sich im Besitze eines meist einheitlichen Tarifes befinden, nach welchem die Leistungen der Gehilfen bezahlt werden, ist es von dem zuerst erwähnten Theile der Heimstätten der Typographie allein Braunschweig, wo das Fehlen einer derartigen Feststellung, wir dürfen behaupten: von beiden Seiten der Beteiligten, ungern vermisst wird. Theils um diesen Uebelstand abzuhelfen, theils um eine durch die immer weiter fortschreitende Entwertung des Geldes sich abermals als nothwendig erwiesene Aufbesserung unserer Gehaltsätze von Ihnen zu erbitten, ist den ergebenst Unterzeichneten von 150 ihrer hiesigen Kollegen der Auftrag geworden, mit Ihnen, geehrte Herren, über diesen Gegenstand in Unterhandlungen zu treten. In der gewissen Zuversicht, daß Sie, die angeführten Mißstände fühlend, dazu gern die Hand bieten werden, richten wir nun an Sie die gehorsamste Bitte, am nächsten Montag, den 2. Dezember d. J., Abends 8 Uhr, im Hôtel d'Angleterre, Hof rechts, zweites Zimmer parterre, zur Aufnahme dieser Unterhandlungen zu erscheinen, oder im Behinderungsfalle einen genügend bevollmächtigten und instruirten Vertreter dahin zu entsenden. Zur besseren vorherigen Informativung gestatten wir uns gleichzeitig, Ihnen anliegend einen dem jetzt in Hannover geltenden Tarif fast wörtlich nachgedruckten Entwurf wie derselbe von den hiesigen Gehilfen akzeptirt, zu behändigen Hoffend, daß die obshwebenden Fragen, wie früher in ähnlichen Fällen, so auch dieses Mal, eine beiderseitig befriedigende Lösung finden mögen, zeichnen wir mit Hochachtung und Ergebenheit
Joseph Bernhardt, Wilhelm Vertram, Herrn. Böttger
Heinrich Müller, E. Neubert, Kob. Benz.

Wily. Schlegel, Carl Werner, Rudolph Werthmann.
Die Prinzipale, weit davon entfernt, dem Verlangen der Buchdruckergehilfen zu entsprechen, erschienen nicht nur nicht in der Versammlung der Kommission, sondern ließen derselben auch durch die Faktore eröffnen, daß sie den leipziger Tarif, welcher als der schlechteste Deutschlands gilt, einzuführen gedächten. Dabei sind die leipziger Buchdruckergehilfen selber mit dem betreffenden leipziger Tarife unzufrieden und suchen denselben durch einen bessern zu ersetzen. Hieraus folgt denn auch die Bertröstung auf den neuen leipziger Tarif, während der alte leipziger Tarif nur al Lädenbisher dienen würde. Die Prinzipale glauben berechtigt zu sein, ihren Arbeitern einseitig den Lohn zuzumessen. Mit der Tarif-Kommission unterhandelte allein W. Bracke jun. durch seinen Geschäftsführer; er nahm sowohl den Tarif-Entwurf an, als auch bewilligte er dem in seinem Lohne stehenden Personal eine Thaler Zulage. Vorigen Dienstag wurde nun eine allgemein Buchdruckerversammlung abgehalten und von derselben beschlossen, daß den Prinzipalen gekündigt werden sollte: — ein Beschluß, der in mehreren Druckereien bereits gestern zur Ausführung gelangt. Die braunschweiger Prinzipale haben sich mit den hannoverschen zur Bekämpfung des Buchdruckerverbandes verbunden, befinden sich aber deshalb in einem eigenhümlichen Widerspruche, weil ja die jetzt in Braunschweig von den Gehilfen geforderte Tarif bereits in Hannover durchgesetzt worden ist. Sie sollen den Beschluß sagen haben, daß kein Gehilfe, welcher wegen der jetzige Preisforderung entlassen wird, binnen fünf Jahre wieder in Arbeit genommen werden soll. Auch soll ein Konventionalstrafe diejenigen Prinzipale bedrohen, welche einzeln mit ihren Gehilfen abfinden. In der Westermannschen Drucker ist bereits eine Maßregelung eingetreten, indem der dortige Maschinenmeister, weil er der Tarif-Kommission angehört, aus der Arbeit entlassen worden ist. Die Gehilfen drohen in Folge dessen daß bei der Wiederholung einer derartigen Maßregelung ein sofortiger allgemeiner Strike die Antwort bilden soll. Die Stimmen unter den Gehilfen ist gut; denn sie wissen, daß hinter ihnen 700 Verbandsmitglieder stehen. Die hiesigen Buchdruckergehilfen e lassen außerdem folgenden Anruf:

„An sämtliche Buchdrucker, Schrift- und Stereotypengieß Deutschlands, Oestreichs, der Schweiz, Belgiens und Holland Abermals handelt es sich darum, ein Werk der Pflicht zu vollziehen. Schon lange ging man damit um, auch in Braunschweig einen einheitlichen Tarif festzustellen, der unserer Zeit angemessen ist; diese Angelegenheit verschleppte sich indes, und unsere Kollegen in Hannover kamen uns zuvor. Nachdem nun dort ein glänzender

Gieg errungen worden ist, gingen auch wir wieder an die Arbeit zur Aufstellung eines Einheits-Tarifs. Es wurde eine Tarif-Kommission niedergesetzt und hat dieselbe unter Zugrundelegung des neuen hannoverschen ihre Aufgabe zufriedenstellend erfüllt. Sodann erfolgte eine Einladung seitens der Kommission an die Prinzipale, um eine gütliche Auseinandersetzung resp. Bewilligung der im Tarif aufgestellten Forderungen zu erstreben. Diese Versammlung ward auf den 2. Dezember anberaumt. Seitens der Prinzipale erschien indes Niemand, als nur ein Vertreter des Herrn W. Bracke jun., welcher Vollmacht hatte zu erklären, daß Herr Bracke den Tarif anerkenne.

Diese Nichtachtung unserer heiligsten Interessen hat denn dazu geführt, am 3. Dezember eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung anzuberufen, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, mit namentlicher Abstimmung über eine allgemeine Arbeitseinstellung zu beschließen. Den Prinzipalen wurde bereits von 120 Mann mit Kündigung geantwortet, worunter sich etwa 50 Verheiratete befinden.

Die Zeit ist da, wo es heißt für unseren Verband einzustehen und einem „Nordwestdeutschen Prinzipalverband“ einen unübersteigbaren Damm entgegenzustellen. Lassen wir uns schreden, werden wir wankelmützig, dann sind wir verloren und unsere Errungenschaften werden eine Reaktion erfahren, wie sie die Geschichte niemals aufzuweisen hat. Darum seid einig, tretet Alle Mann für Mann ein für die Prinzipien, welche der Verband sich gestellt: einzelne Abtrünnige beachte man nicht; denn es sind Solche, die ihre Aufgabe nicht kennen oder nicht im Stande sind sie erfüllen zu können. Fest zum Verbands stehen sei unser Lösungswort, und damit wenden wir uns an alle Kollegen, und thätkräftig in unserem Kampfe zu unterstützen, gleichwie wir niemals gescheit haben, wo es galt, für unsere allgemeinen Interessen zu wirken.

Selbstverständlich ist während der Bewegung jeder Zuzug zu vermeiden.

Sämtliche der Arbeiterfrage ergebene Blätter werden gebeten, diesen Aufruf zu verbreiten.

Müssen St. Niklas, 10. Dezbr. Von den von unserer Seite zu den hiesigen Gemeinderathswahlen aufgestellten Kandidaten sind ein Ansfänger und zwei Unanfsängige gewählt worden. Mit sozialdemokratischem Gruß August Dehn.

Langenbiefau, 3. Dezember. Nachdem wir uns fast jeden Sonntag in starker Anzahl auf die umliegenden Orte begeben und dort Versammlungen abgehalten, erschien am Freitag Abend in den öffentlichen Blättern die Einladung zu einer öffentlichen Versammlung des Orts-Gewerksvereins der Stuhlarbeiter in Langenbiefau. Gäste sollten an der Diskussion Theil haben. Obgleich nun die Versammlung um 7 Uhr Sonnabends beginnen sollte, war der Saal schon vor der Zeit dicht von unseren Parteigenossen gefüllt. Es sollte nun kein Bureau gewählt werden, was uns durchaus nicht gefiel; nach langem Diskutiren begaben wir uns, um Skandal zu vermeiden (denn wenn sich 9 Beutel von 1 Beutel sollen leiten lassen, ist das immer schwer) in unser Parteilokal und hielten unsre regelmäßige Versammlung ab.

Sonntags war in Reichenbach, dem Hauptquartier der Gewerksvereiner, Versammlung anberaumt, dort hatte man die Vorsichtsmaßregeln nicht für notwendig gehalten und eine allgemeine Versammlung ausgesprochen. Um 4 Uhr sollte die Versammlung beginnen, um 1 Uhr sammelten wir uns bereits und marschirten etwa über 400 Mann stark nach Reichenbach. Das Bureau kam selbstverständlich in unsre Hände. Die 4 Stunden in überfülltem Lokal tagende Versammlung verlief, Dank dem taktvollen Auftreten von unserer Seite, ruhig und würdig. Arbeiter von Biefau, thut immer so eure Schuldigkeit und wir werden mannschaftsam zum Siege marschiren. Ich habe jetzt glücklich zwei Prozesse am Halse; und am 27. November war man so gut, Inventur bei mir zu machen auf Befehl der Staatsanwaltschaft in Schweidnitz. 178 mir gehörige Briefe nebst den Mitgliederlisten und Kassensbüchern, einige 50 Bücher und ebensoviel Drucksachen nahm man mir fort. Drini- und Petroleumbomben wurden nicht gefunden. Dange machen gilt nicht. Aug. Kühn.

Spandau, 29. Nov. Welchen Werth das Coalitions-Gesetz für die Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen — fast die schlimmsten Reaktionsjahre weit übertreffenden — Verhältnissen hat, beweist das Verfahren des Stadt- und Festungsstellenmandanten Generalmajor von Streit hierseits. Zu unsren Parteiversammlungen, die nur auf Grund des Vereinsgesetzes stattfinden, mißlich geschickelt erlaubt und berechtigt sind, fanden uns vor ungefähr 4—5 Monaten alle Säle vom Nothen Adler bis zum Gesellschafts-Hause auf Anfragen bereitwillig von Seiten der Besitzer zur Verfügung. Herr Schulte, Inhaber des Gesellschafts-Hauses und Vorkassenteller, gab sogar unsern früheren Vertrauensmann Herrn Künneke zu verstehen, daß es ihm angenehm sei, wenn wir unsere Versammlungen nur bei ihm abhielten. Wir gingen darauf ein. Doch nur zu bald wurde uns das Lokal vom Wirth gekündigt. Als Woiw gab er dem Künneke an, daß das Lokal, falls er „uns“ ferner tagen ließe, dem Militär verboten würde, dies beabsichtige der Herr Kommandant zu thun. O heiliges Gesetz, vor dem alle Bürger in ihren Pflichten, aber nicht in ihren Rechten gleich zu sein scheinen. Mit dem Däum, wohin wir nun unsre Versammlungen einberiefen, ergings und ebenso. Auch diesem Wirth, Herrn Kufow, wurde eröffnet, wenn ferper diese Partei in seinem lokale Versammlungen abhielte, dann dürfe kein Militär mehr dort verkehren; und auch hier wurden wir, da benannter Wirth ich in seiner Einnahme geldtätig sah, an die Luft gesetzt. Leider geht nun im Vereinsgesetz von alledem nichts. Man raubt also er Arbeiterklasse, die nur auf gesetzlichem Wege für ihre geistigen und materiellen Interessen kämpft, durch Wadination ihr so prächtiges Recht und meint vielleicht, sie dadurch zu Gesetzensüßwängeln zu veranlassen. Und einem 3. lokale wurden wir auf die alte Weise ermittelt. Und heute sind wir, trotz des Vereinsgesetzes, doch tot.

Welches Gesetz dem Herrn General das Recht einräumt, gesetzlich berechnete Versammlungen inusorisch zu machen dadurch, daß er die ihren gesetzlichen Pflichten nachkommenden Lokalbesitzer zu ihrem Erwerbe zu schädigen droht, das begreife wer kann.

Weida, 1. Dez. Parteiangelegenheit. Daß wir seit mehreren Jahren über unser Parteileben im Parteiorgan nichts mittheilt haben, das hat seine triftigen Gründe. Als vor 3 Jahren i Folge der Schweitzerischen Intriguen die Spaltung im Allgemeinen Arbeiter-Verein ausbrach, reduzirte sich unsere Mitgliederzahl auf ungefähr 15 Personen. Die Meisten glaubten, daß nun eine Lösung der sozialen Frage nicht zu denken sei, und deshalb ließ ich ungenirt den Parteigenossen mittheilen, daß wir nicht in der Lage sind, die Verhältnisse besser zu gestalten; dazu kommt es, daß wir hier in der Gegend, von allen Seiten verlassen, in der Arbeiterbewegung auf unsern Ort beschränkt dastehen. Wir haben bereits kriechlich um agitatorische Kräfte gebeten, bis hi leider ohne Erfolg, deshalb fühle ich mich veranlaßt, an sämt-

liche Parteigenossen, welche Reduktent besitzen, die Bitte zu stellen, uns nach Möglichkeit zu unterstützen, vorzugsweise zum Exploster. Mit sozialdemokratischem Gruß Waldarbeiter S. Klapproth.

Bernau, 3. Dez. Gestern Abend fand hier eine vom Unterzeichneten einberufene Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Der privilegierte Nord.“ Herr Auer aus Berlin als Referent führte aus, daß zwar in der Bibel der Nord das abschlechteste Volk genannt wird und das derselbe nur durch den Tod des Nordens gestiftet werden solle, trotzdem wäre in der Zeit der privilegierte Massenwirth an der Tagesordnung; die Herrscher, welche bei jeder Gelegenheit ihre Frömmigkeit betonten, kümmerten sich in dieser Hinsicht wenig um die Bibel, wenn es gälte für ihre Interessen das Volk abzuschlachten zu lassen. Das sei natürlich verabschiedungswürdig, aber das Volk sei selbst mit Schuld daran, es sollte sich mehr um die Gesetzgebung kümmern und durchans darauf dringen, die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände zu bekommen. Weiter führte der Redner aus, daß auch durch die heutige Produktionsweise mancher Arbeiter gemordet würde, und dies Privilegium habe die Bourgeoisie für sich in Anspruch genommen; Redner suchte dies auch durch statistische Zahlen über die Sterblichkeit der Arbeiter zu beweisen, was ihm auch vollständig gelang. Bei der hierauf folgenden Diskussion stellte sich aber bald heraus, daß der allgemeine deutsche Arbeiterverein am meisten Ansehen hat auf Weiterverbreitung am hiesigen Orte. Herr Auer hat die Anwesenden, sich durchaus nicht zu spalten, sondern dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein beizutreten. Diesen Ausführungen schlossen sich alle übrigen Redner an, und es sieht zu erwarten, daß bald eine regere Agitation für die Sozialdemokratie hieselbst Plog greifen wird. Möchten doch alle Parteigenossen dies beherzigen und nicht durch unnötige Streitereien in den Versammlungen den Kampf zwischen beiden Fraktionen nicht noch mehr erbittern; die Gegner des sozialistischen Prinzips hätten dann doch wenigstens einen Grund weniger, uns zu schmähen und jedenfalls würde auch durch vereintes Vorgehen viel mehr Boden für unsre Ideen gewonnen.

Mit sozialdemokratischem Gruß G. Gladewig, Vorsitzender, Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. E. Müller, Schriftführer, Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Herborn, 6. Dezbr. In Folge Antrags des Reichspostamts zu Frankfurt bin ich auf Grund der Denunziation eines Briefträgers Namens Louis Thielmann von hier wegen Verleumdung der Postverwaltung in Untersuchung gezogen worden und komme am 14. d. M. vor die Strafkammer zu Dillenburg. Da ich den Beweis der Wahrheit anzutreten gesonnen bin, so bitte ich alle Parteigenossen, mir Briefstücker zukommen zu lassen, welche Spuren der Eröffnung zeigen. Wie ich höre, soll genannter Briefträger nach Frankfurt verlegt sein, weshalb ich die frankfurter Parteigenossen auf denselben aufmerksam mache, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Die englischen Briefträger sind doch andere Leute.

Sodann richte ich an das Reichspostamt zu Frankfurt die Anfrage, ob es auch gesetzlich gestattet, daß der Reichspostvorsteher Schreder zu Herborn die 3 Briefträger, welche doch aus der Reichspostkasse bezahlt werden, zu seinen, resp. seiner Schwiegermutter Feldarbeiten verwenden darf. E. Heinz.

Pensheim a. d. Bergstraße, 1. Dezember. Versloffenen Sonntag war in Heppenheim Volksversammlung, in welcher Herr Bingert aus Darmstadt als Referent auftrat. Am Morgen des betreffenden Tages schon wurde mir erzählt, daß ein dortiges Parteimitglied von zwei hierzu nicht befugten Individuen beim Ankleben der Plakate angehalten, zum Rathhause geführt, schließlich aber wieder entlassen wurde. Dies und das mehreremals vorgekommene Herunterreißen der Plakate nebst anderen kleinen Chicanen versprachen uns in Heppenheim wieder einmal einen recht interessanten Tag. Durch unangenehme Hindernisse abgehalten kam ich erst Abends 6 1/2 Uhr mit mehreren hiesigen Parteigenossen nach Heppenheim. Statt der sonst so stark vertretenen Polizei trafen wir heute einen „Schwarzen“ in der Versammlung. Ob die Polizei gerade wichtigere Geschäfte, oder ob sie die Ueberwachung heute dem „Schwarzen“ überlassen, weiß ich nicht. Die Versammlung war gut besucht und man sprach über Trennung der Schule von der Kirche. Die verschiedenen Ansichten des Herrn Kaplan, dem ein solcher war der erwähnte „Schwarze“, alle hier wiederzugeben wäre Raumverschwendung. Zwei Punkte waren es, um welche sich die Diskussion drehte. Der Kaplan will die Menschen durch Religion gebildet wissen. Daß dies eine längst widerlegte Ansicht ist, welche von keinem vernünftigen Menschen mehr getheilt wird, braucht man wol Niemand mehr zu sagen. Als Beweis hierfür führte der Herr Kaplan Kaspar Hauser an, derselbe sei ein dummer Mensch gewesen, weil ihm die Religion gefehlt habe. Daß Kaspar Hauser nicht deshalb ein dummer Mensch gewesen, sondern weil ihm auch die geringste geistige Bildung fehlte, weiß wohl jetzt fast jeder Schulkunde. Herr Bingert ging darauf auf die Unheilbarkeit ein, zum nicht geringen Verdruß des Herrn Kaplans, dem es bloß darum zu thun war, die Diskussion hinauszuziehen, um die Besprechung über die Tagesordnung: „Die Landtagswahlen“, zu verhindern, was er auch deutlich genug aussprach. Der Wirth, der, wie es schien, wenig Vertrauen zu der religiösen Bildung der verschiedenen, wahrscheinlich von dem Kaplan instruirten Individuen, welche bereits tumult zu machen suchten, hatte, drang mehreremal auf Schließung der Versammlung, welchem Verlangen denn auch Unger aus Rischhausen, der als Sprachender fungirte, Folge leistete. Es hatten sich auch bereits viele vernünftig Denkende, welche des saden Gesdwoßes des Kaplans müde, entfernt. Die Stimmung in der Versammlung war im Allgemeinen auf unserer Seite, dies zeigte schon der Beifall, wenn Herr Bingert gegen den Kaplan auftrat. Mit sozialdemokratischem Gruß A. Müller.

Landshut, 6. Dezbr. Die Mitgliederzahl der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beläuft sich jetzt nahezu auf 60 Arbeiter aller Branchen, und wir können mit diesem Resultat auf dem hier so feinen Boden vorläufig zufrieden sein. Wegen uns ist selbstverständlich Alles — von der höchsten Behörde bis zum noch nicht zur Einsicht gekommenen Kleinbürger. Ja, selbst ein großer Theil der Arbeiter kann ohne Bevormundung sich keine Thätigkeit denken! Tranrig, aber wahr! — Nun, wir kämpfen mit unsern schwachen Mitteln so viel als möglich für die geistige Erhebung dieser Menschen und hoffen auf die Zeit, welche schon so manchen geschichtlichen Fortschritt anzukommen hat. — Letzten Sonntag fand hier eine leider schwachbesetzte Saue der (Radvereiner) Versammlung statt, in welcher ein Genosse aus Regensburg Vortrag hielt. Redner sprach sehr gut und betonte ganz richtig, daß die politische Bildung ein Haupthebel sei, um auf dem Wege der genossenschaftlichen Bestrebungen weiter zu kommen. Jeder steht den hiesigen Hochgegnen wie auch dem größten Theil der Arbeiter aller Gewerbe Alles höher, als ihre eigene nicht beneidenswerthe Existenz; und vor einem Kampf für ihre Vesterstellung vertriehen sie sich hündisch.

Aber hoffentlich wird die Höhe der jetzigen Lebensmittelpreise sowie die enorme Steigerung aller ihrer Bedürfnisse auch sie noch furiren. — Die hiesige Partei-Mitgliedschaft vollzog letzten Samstag die Wahl für das neue Landescomité, (München, Augsburg, Regensburg und Landshut) da letztere Stadt als erster Vorort auf dem münchener Arbeitertag (17. Novbr.) gewählt wurde, und zeigt dies hiermit den Mitgliedschaften vorgenannter Städte geziemendst an. Briefe, Anträge etc. in besagter Angelegenheit sind an den bisherigen Vertrauensmann der Partei dahier Joh. Weisbeiter, Schriftfeger, zu richten.

Briefkasten: der Expedition: Junghaus in Witten für Schriften 3 Tkr. 25 Ngr. — Sippel in Burgstädt: die Annonce kostet 3 Ngr. — Risch in Müdr.-Schönberg für Schriften 8 Ngr., Arbeiterbildungsverein für Abonn. 9 Ngr. — Carl in St. Johann für Schriften 5 Tkr. 25 Ngr. 5 Pf. — Herrler in Leipzig für Annonce 5 Ngr. — Engelhardt in Wiesbaden für Schriften 3 Tkr. A. G. in H. 2 Tkr. erb. St.

der Redaktion: F. in B.: Uns ist nur ein Dr. Freese bekannt; er verbigte früher die „Demokratische Correspondenz“, und schrieb darin sehr spießbürgerlich bornirtes Zeug über die Arbeiterfrage. — W. in Offen: Alles hängt davon ab, ob die Gewerksvereine, Streikvereine u. s. w. als politische Vereine betrachtet werden oder nicht. In Preußen war bisher im Ganzen das Letztere der Fall; indeß sieht es bei den Behörden, wie sie die Sache auffassen wollen. In Sachsen sind die Aufstellungen der Gewerkschaften auf Grund des Vereinsgesetzes (das dem preussischen wesentlich gleich) erfolgt, indem man sie für politische Vereine erklärte. Natürlich ist in Preußen dasselbe möglich. Zunächst ist nun an die Behörden die Frage zu richten: betrachtet Ihr die Streikvereine als politische Vereine oder nicht? Falls ja, so kann man an höhere Instanzen appelliren, muß sich aber jedenfalls, bis eine anderweitige höhere Entscheidung erfolgt, unterwerfen, die Mitgliederliste einreichen, die Versammlungen anmelden und Alles vermeiden, was auf „Verbindung verschiedener Vereine miteinander“ gedeutet werden kann. Im anderen Fall ist den Behörden klar zu machen, daß sie kein Recht haben, Listen einzusehen, und die Annullation von Versammlungen, resp. Sitzungen zu verlangen. Unter allen Umständen ist das Vereinsgesetz genau zu studiren.

Anzeigen etc.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Dienstag, den 17. dieses Monats, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im früheren Billardsale des Stadthauslellers. Tagesordnung: „Der Beitrag des Herrn Dr. Grad über das eberne Hencmische Königreich bei Herr. Kasalla“. Referent E. Hübner. Die Versammlung, welche vor 14 Tagen wegen Abwesenheit des Referenten aufgehoben werden mußte, findet diesmal bestimmt statt; ich fordere in Folge dessen die Parteigenossen auf, vollständig und pünktlich am Plage zu sein. S. Dehme.

Hamburg. Wegen der Festzeit findet die nächste Versammlung erst am Montag, den 30. Dezember bei Eberhahn statt. Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins.

Leipzig. Fachverein der Kürschner und Rügenmacher Leipzigs und Umgegend. Montag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, gemütliche Zusammenkunft bei Richter, Köpplach Nr. 9, im Trianon. Diejenigen Mitglieder oder Gäste, welche zur bevorstehenden Abendunterhaltung gesonnen sind, etwas vorzutragen, werden gebeten, sich pünktlich einzufinden, außerdem für diejenigen, welche schon zugefast haben, sei hiermit bemerkt, daß selbigen Abend Probe stattfindet. NB. Um vielen Anträgen zuvorzukommen, sei hiermit gleichzeitig bemerkt, daß unsere Vereinsabende von jetzt an im Trianon bei Richter, Köpplach Nr. 9 stattfinden. Nichtmitglieder und Gäste haben stets Zutritt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Versammlung Montag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Restauration von Zeidler, große Windmühlenstraße Nr. 7. Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. O. Stelzer.

Leipzig. Versammlung der Vorstände der Gewerkschaften und Fachvereine Dienstag, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Hädlich, Arbeiterbildungsverein. J. A.: O. Stelzer.

Leipzig. Internationale Metallarbeiterkass. Montag, den 16. Dezember, in Kumbold's Restauration, Reubenstraße. — Tagesordnung: Ueber Mittel und Wege zur Agitation der Gewerkschaft. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. D. B.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonntag, den 15. Dezember, theatralische Abendunterhaltung im Vereinslokal. Einfaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonntag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Zeidler, Windmühlenstraße Nr. 7. NB. Aufnahme neuer Mitglieder.

Wainz. Die Leser des „Vollstaats“ werden dringend ersucht, die Abonnementgelder bis Mitte Dezember zu entrichten, damit die rechtzeitige Abhandlung an die Hauptredaktion erfolgen kann. Die Filialredaktionen: J. Schäfer. †

Pforzheim. Die Filialredaktionen des „Vollstaats“ befinden sich bei Hermann Gnam, Holzgartenstr. 244, 2 Tr. †

Stuttgart. Das Arbeitsnarr-Veruou für Schuhmacher befindet sich Roßstraße 29, zum milden Mann.

Zur Beachtung. Die Leitung der Breslauer Filialredaktion des „Vollstaats“ hat von jetzt an Parteigenosse W. Japke, Schloffer, Borswerstraße 77, 3 Treppen, übernommen. In Ausnahmefällen ist der Unterzeichnete jedoch nach wie vor berechtigt und bereit, Abkommens, sowie Gelder für den „Vollstaats“ entgegenzunehmen. Die gebirten Abonnenten werden hierdurch aufgefördert, um endlich einmal Ordnung in das Kassenswesen zu bringen, alte Hefen nimmereitig zu entrichten. Wer bis Ende des Quartals seinen Verpflichtungen gegen die Filialredaktion nicht nachgekommen ist, kann das Blatt ferner nicht mehr zugesandt erhalten. J. A.: O. Cehme. †

Arbeitertag für Hessen-Nassau und die angrenzenden Landestheile zu Marburg. Im Einverständnis mit den Parteigenossen zu Kassel berufen wir für Hessen-Nassau und die angrenzenden Landestheile beuuss Gründung eines Landesagitations-Comitês einen Arbeitertag auf den 28. und 29. Dezbr. l. J. nach Marburg ein. — Die Tagesordnung wird demnächst im Parteiorgan veröffentlicht.

Alle dies bezüglichen Briefe etc. sind entweder an den Unterzeichneten oder an Pb. Walz in Kassel zu richten. Das Lokalcomité erwartet bald umgehend Nachricht, damit für die Delegirten in jeder Weise Sorge getragen werden kann. (3b)

Im Auftrag: W. O. Schneider, 1. Vorsitzender des Localcomitês Marburg (Straße) Hirschberg 257.

Die Filialredaktionen werden ersucht, wenn sie von Nr. 21, 29 und 32 dieses Jahres noch Exemplare haben, selbe an uns einzuliefern.

Die Expedition des „Vollstaats“.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vollstaats“ ist neu erschienen: Engels, Fr., Zur Wohnungsfrage. 1. Heft: Wie werden die Wohnungsfrage löst. Preis pro Stück 1 1/2 Ngr.

2. Heft 2: „Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst“, erscheint demnächst.

Leipzig: Hermann Redaktor R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hechtstr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckere